

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adress: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.

für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unser
Schenk frei ins Haus monatlich
60 Pf. Bei der Geschäftsstelle oder
schon monatlich 60 Pf. wöchentlich
10 Pf. Bei der Post bezahlt und
schon monatlich 100
M., monatlich 60 Pf. Durch den
Geschäftsstelle frei ins Haus wöchentlich
100 Pf., monatlich 70 Pf.
Erhältlich täglich in den Mittagsschriften
und Zeitungen, und Monatsheften von Sonn- und
Unterhaltungsblättern, sowie
die Deutschen und Österreichischen
Zeitungsbücher, sowie
die Deutschen und Österreichischen
Zeitungsbücher entgegen.

Abfertigungspreis: Die jährliche
abfertigungspreise oder Kosten
für die Zeitung und Zeitung und
den Geschäftsstelle des Auerzgebirges
monatlich 10 Pf.
wöchentlich 10 Pf.
Bei der Post bezahlt und
schon monatlich 100 Pf.
Durch den Geschäftsstelle frei ins Haus
wöchentlich 100 Pf., monatlich 70 Pf.
Erhältlich täglich in den Mittagsschriften
und Zeitungen, und Monatsheften von Sonn- und
Unterhaltungsblättern, sowie
die Deutschen und Österreichischen
Zeitungsbücher entgegen.

Nr. 117.

Sonnabend, 23. Mai 1914.

9. Jahrgang.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.
Außerdem liegt das aktuelle illustrierte Sonntagsblatt bei.

Das Wichtigste vom Tage.

König Friedrich August wohnte gestern der Eröffnung des Kurtheaters in Bad Elster bei.

Der Wechsel im sächsischen Kriegsministerium wird jetzt amtlich bekanntgegeben; Generaloberst Freiherr von Hausen wurde zum Generaladjutanten des Königs ernannt.*

Die fortschrittliche Volkspartei Sachsen hat das Wahlabkommen mit der national-liberalen Partei einstimmig genehmigt.*

Englische Kriegsgeschwader werden in der nächsten Zeit verschiedene Häfen der Ostseestaaten Besuch abstatte.

Wie verlautet, wird der albanische Ministerpräsident Turhan-Pascha dem deutschen Kaiser einen Brief des Fürsten von Albantien überbringen.*

Eine Suffragette zerstörte im venezianischen Saal der Nationalgalerie in London fünf Gemälde. Sie wurde verhaftet. Um Nachmittag verschaffte eine andere Suffragette zwei weitere Gemälde.

* Näheres siehe am unteren Blatt.

Wetter am 24. Mai: Südwind, schwach Bewölkung, warm, Gewitterneigung. ☀

Deutschland und Frankreich.

Die Pariser Presse beschäftigt sich seit einiger Zeit wieder besonders intensiv mit Deutschland. Während des ganzen Wahlkampfes war das deutsche Gespenst als nationalistisches Agitationssymbol besonders beliebt. Wir erinnern nur an das aus der Luft gegriffene, aber wade aufgebauten Tendenzgericht von einer Massenausweitung der in Elsaß-Lothringen wohnhaften Franzosen und an die Ausbeutung jener — von der deutschen Regierung übrigens desavouierten — Militärpartontime, in der ein symbolischer deutscher Dofteur in der Fremdenlegionsuniform erschossen wurde. Man hörte beispielweise, zu welchen Extravaganzen sich in einem sonst so maßvollen Blatt, wie es der Figaro ist, ein so großer Offizier wie der frühere Kriegsminister General Juncken hinsetzen läßt: Wenn in den deutschen Theatern unsere Offiziere und Unteroffiziere in einer gemeinsamen, abschredenden Haltung gezeigt werden, dann braucht von allen Seiten der frenetische Beifall, und man fühlt den Haß, den trotz 1870 immer noch ungeflüllt Haß gegen den (französischen) Feind! So etwas drückt ein angesehenes Blatt, in dem doch die objektivsten französischen Enquêtes über Deutschland — wir denken vor allem an Bourdons Enigma Allemagne — ihre erste Veröffentlichung fanden, — groß als blühte nicht gerade in Frankreich, und spiegel im Feuilleton der großen Pariser Tagespresse, sowie auf dem Pariser Volksblätter jene chauvinistischen Hintertreppenliteratur, wo der deutsche Spion, der deutsche Trunkbold die beliebtesten Typen sind, und als hätten nicht chauvinistische Stücke wie Coeur de la Française, L'Evasion du Capitaine, Alsace, usw. wochen und monatlang die Pariser Theaterräume gefüllt. Fern von uns ist die Wiss., aus solchen Rundgebungen einer wohl weit eher kindlich als wirklich feindselig und drohend zu nennenden Volkslaune Kapital zu schlagen. Wir möchten das heute unumstößlich, als diese chauvinistische Hege, wennstens in ihrer Tragweite und Wirkung, seit einiger Zeit merklich abgelaufen erscheint. Dass sie jedenfalls nicht die Fröhlichkeit getragen hat, die ihre Voraussetzung von ihr erwarteten, hat nicht zuletzt der Ausfall der Wahlen gezeigt. Wie sehr man sich auch hilfsmäßig, um den offensiven Vorstoß der dauernden Linken zu weitgehender Erwartung zu rütteln, eine gewisse Aussage des breiten Volkes an den mit allen Mitteln geglicherten nationalen Geist ist und bleibt dies Wahlergebnis immershin. Und es zeigt auch, dass der Einfluss der Pariser Tagespresse auf die breiten Schichten der französischen Demokratie doch nicht so ausschlaggebend ist, wie man denkt. Über doch wenigstens nicht so prompt. Die konservative Landbevölkerung braucht viel längere Zeit, um auf einen Punkt kommenden Anstoß zu reagieren, als die herkömmliche Bevölkerung der Hauptstadt. Und

dass ist gut; denn wo käme Frankreich hin, wenn es alle Temperamentschwankungen und Stimmungsumschläge der Pariser Volksseele oder gar der haupsäldischen Presse mitmachen wollte!

Andererseits lehrt die Geschichte allerdings, dass Paris noch stets das Herz Frankreichs war, von dem alle großen nationalen Erholungen ausgegangen sind. Meist allerdings in gewaltiger, revolutionärer Form. Doch spricht das sehr linksdrehende Abendblatt Bonnet Rouge unbestritten die erste Befürchtung aus, dass eine mehrjährige systematische Bearbeitung der Provence durch die Pariser Chauvinistepresse mit der Zeit schließlich den gleichen Erfolg haben könnte, wie ein nationalistischer Staatsstreich. Diese Pariser Presse aber schaut durch den Ausfall der Wahlen keineswegs entmutigt. Sie verdoppelt vielmehr ihre Anstrengung, um den Block der Linken zu sprengen. Dass bei dieser Gelegenheit die deutsche Gefahr wieder eine Hauptrolle spielt, ist selbstverständlich. So schreibt der genannte General Zutinden im Figaro: Die Stimmung in Deutschland ist beratig, dass der Krieg plötzlich ausbrechen kann, sobald man sich dort sicher glaubt, uns einzudringen zu können. Ein Blatt wie das militärisch klarkeitsreiche Echo de Paris widmet dem deutschen Gespenst fast täglich eine lange Spalte. Hier wie in anderen Blättern wird jede leichte Auskopfung des Allobruischen Verbandes, von der das deutsche Volk oft überhaupt nichts erfährt, mit tendenziöser Ausführlichkeit registriert. Auch in Frankreich weiß man freilich, was von der Objektivität solcher Blätter zu halten ist. Und es gibt Leute — und zwar nicht bloß Sozialisten —, die es offen auszusprechen wagen. So warnt beispielweise Gabriel Aubouin, der in den Ecrits français eine Studie über Zeitungspolitik veröffentlicht, seine Leser darum, ihre Kenntnis deutscher Wesens aus der ausschließlich linken Seite solcher Blätter zu schöpfen, deren Gewandtheit es prächtig vorstehen, aus der ungeheuren Fülle deutscher Druckschriften täglich dreißig Seiten herauszuholen, die gegen Frankreich gerichtet sind. In den allerletzten Tagen hat sich nun der französischen Presse mehrfach ganz besondere Gelegenheit geboten, sich mit Deutschland zu beschäftigen. Sowohl die Neuerungen des Staatssekretärs von Jagow, als die Reden der Herren von Hammerstein und von Richthofen sind von der mächtigen Presse mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen worden. Doch konnte es sich der Temps nicht verkörpern, die Behauptung des einen Redners, Deutschland habe Frankreich zahlreiche Beweise seines aufrichtigen Friedenswillens gegeben, anzuzweifeln. Besonders deutlich entblößt aber das große französische Blatt seinen tendenziösen Hintergedanken, indem es seinen Lesern wieder einmal die beliebte Mün vom militärfreudlichen Patriotismus der deutschen Sozialdemokratie vorlegt. Als Beweis wird angeführt, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Wehrsteuer gestimmt habe. Groß als wären die französischen Sozialisten nicht ebenfalls bereit, durch Durchführung der Einkommenssteuer, die Kosten der Wehrreform auf die bürgerlichen Klassen abzuschlagen!

Überhaupt leben es die französischen Nationalisten, der totalen Gefahr in Frankreich die angebliche Bravheit und völlige Einflusslosigkeit der deutschen Sozialdemokratie gegenüberzustellen. Von rein parlamentarischem Standpunkt aus betrachtet, mit einem gewissen Recht. Stellt man aber der gewaltigen, wohldisziplinierten, millionenstarken Organisation der deutschen die mangelfärbere, zahmähmig bedeutende schwächeren sozialen Ordnung der französischen Arbeiterschaft gegenüber, dann erweist sich der vom Temps konstruierte Gegensatz als zweidimensionaler Trug. Und dieser Trug hat, wie überhaupt jeder tendenziöse Hinweis auf Deutschland, momentan einen ausgeprochenen inneren politischen Zweck. Der Nationalismus fürchtet für sein Sorgenkind: die dreijährige Dienstzeit! Daher dies des Rudels Kern ist, zeigt am deutlichsten vielleicht der Kommentar, den die Action den Ausführungen v. Jagow und des Käffchen Wiederschein widmet. Da lesen wir:

Der französische Skeptiker wird denken: wahrscheinlich hoffen die Deutschen durch solche Annalen, die auf die gebrechlichen Gemüter gewisser französischer Franzosen großen Eindruck machen würden, die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit zu beschleunigen, auf die man jenseits des Rheins wartet, um sofort die eigenen Rüstungen zu verdoppeln. Wahrlich, die Stunde ist für diese Friedensparade deutsch-politisches gut gewählt! Sie kann den Glauben des französischen Volkes an das der nationalen Sicherheit unbedingte Wehrrecht tief erschüttern. Und sobald dieses bestätigt sein wird, wird es für Deutschland immer noch Zeit sein, andere Saiten aufzugehen!

Man sieht deutlich, wo dieser Habenswollige Skeptiker der patriotischen Action hinaus will. Doch gerade weil diese und ähnliche Rundgebungen der nationa-

listischen Presse in den letzten Tagen ihre innerpolitische Tendenz offen zur Schau tragen, braucht man sie in Deutschland nicht so gar direkt zu nehmen, sondern wird wohl daran tun, die offizielle Orientierung der neuen Kammermehrheit und des von ihr getragenen Kabinetts abzuwarten.

Politische WochenSchau.

* Im Reichstag wie auch im sächsischen Landtag gab es in den letzten Tagen, bevor die Parlamente auseinanderfielen, Debattingen. Die Ueberfülle des Stoffes, die sich aufhäufte hatte, zwang die Volksvertreter bis tief in den Abend zusammenzusitzen. Im Reichstag ist durch den Schluss der Sitzungen eine Menge nützlicher und notwendiger Vorarbeit vorgeleistet worden. Aber nachdem die Reichsboten wenn auch mit sehr knapper Mehrheit den letzten Versuch, die Bevölkerungsnotelle zu retten, niedergestimmt hatten, blieb ja der Reichstag nichts anderes übrig als dem Reichstag zu schließen, um wenigstens im nächsten Jahre die Bevölkerungsnotelle zu einem guten Ende führen zu können, und den Beamten die erwünschte Aufbesserung ihrer Gehälter zu bringen. Bei der allgemeinen Verwirrung, welche die Ablehnung dieser Vorlage in dem Verhältnis der Parteien zu einander hervorgerufen hatte, war es jedenfalls vorgesehen, im November dem Reichstag ein neues Arbeitsprogramm vorzulegen als noch einen ganzen Ballast von unerledigten, zum Teil noch keineswegs präzisen Gesetzesvorlagen in die Hochstätzung mit hinein zu nehmen. Wie sehr sich aber die parlamentarische Sache im Reichstag zugeschoben hatte, das bewiesen die sehr ernst zu nehmenden Gerüchte von einer drohenden Reichstagsauflösung. Einen Vorstoß gegen das Staatsrecht, wie er der Untergang der Genossen über die Zukunft für Landbriefträger bedeutet, hätte die Reichsregierung zweifellos nicht mitgemacht. Hätte ihn der Reichstag zum Beschluss erhoben, so wäre eben das Abkommen bestimmt worden, da es einen anderen Ausweg für die verhinderten Regierungen nicht zu geben schien, um die Verlegung des Staatsrechts unverzöglich zu machen. Zu diesem Auftreten ist es ja nun nicht gekommen. Die Sozialdemokraten blieben mit ihrem Untergang, allein auf weiter Flur. Aber der Gang der Reichstagsession bleibt darum doch recht unbeschreiblich, und die Abgeordneten wie auch die Wähler werden sicherlich der neuen Sessie mit sehr gemischten Gefühlen entgegensehen. Im sächsischen Landtag dagegen ist der weitaus größte Teil der von der Regierung eingebrachten Entschlüsse so festgestellt werden kann, zu einem gewöhnlichen Abschluß gebracht worden. Nur das Wirtschaftsprogramm und die Zusammensetzung der Vorlage sind, soweit große geheimerische Arbeiten in Betracht kommen, auf der Wahlstatt geschieben.

Neben seinen geheimerischen Arbeiten hat der Landtag eine große Zahl von Anträgen durchzusetzen. Aus deren Fülle seien nur zwei genannt: Die Reform der ersten Kammer und die Reform der Landtagsordnung. Beide haben allerdings ein wenig bestriebenes Schicksal gefunden. Die Regierung erkennt eine Dringlichkeit für die Reformen nicht an und befindet sich damit in Übereinklang mit der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Kammer. Hingegen ist das Schulbeitriffsgesetz erledigt worden, und eine Kultusfrage ersten Ranges wurde berührt mit der Errichtung über den Talsperrern. Erwähnt sei auch noch, weil sie für unserer Begeisterung besonders in Frage kommt, die Ablehnung der von der Regierung geplanten Amtshauptmannschaft Aue. Aller Vorwürfe nach wird der sächsische Landtag in dieser Legislaturperiode nicht wieder zusammentreten. Denn die sächsischen Landboten verhandeln sich nur alle zwei Jahre. Der nächste Landtag tritt demnach, wenn nicht irgendwelche Unvorhergesehene sich ereignet, das die Einberufung des Landtages erforderlich macht, erst nach den Neuwahlen im Spätherbst 1915 zusammen. Auch im preußischen Abgeordnetenhaus gingen die Wogen politischer Erregung in den letzten Tagen noch recht hoch. Was der neue Minister des Innern, Herr v. Loebell, über die preußische Wahlreform sagte, das haben noch in diesem Jahre Herr v. Bethmann Hollweg und auch Herr v. Dallwitz schon immer geklagt, nämlich dass die Regierung sich den Zeitpunkt vorbereitet, zu dem sie wieder mit einer Wahlrechtsvorlage an den Landtag heranzieht. Im übrigen hat sich die Geschäftslage in beiden Häusern des preußischen Landtags derart gehalten, dass sie entgegen der ursprünglichen Absicht nach Wählern noch einmal zusammenzutreffen müssen, um die allerdurchlässigen Dinge zu erledigen. Auch die Wogung des preußischen Landtages war an positiven Ergebnissen nicht gerade reich.

Eine große Überraschung hat es in Südbaden gegeben. Raum hatten Südbader und Spirens sich einen geschäftigen Deutschen zu kommen, betroffene Pläne über einen neuen Kulturstadt unter den ehemaligen Kommentaren, die über Steuerdruck zu klagen hätten. Sehr nach-